



Hoffnung und Skepsis: Woche für Woche demonstrieren in Havanna die „Frauen in Weiß“ wie hier am vorigen Sonntag. Ob sie der Ankündigung des Regimes trauen können, wissen sie nicht.

Foto AP

Morgengabe für Moratinos

Fast vier Jahre ist es her, dass Raúl Castro in Kuba die Macht von seinem Bruder Fidel übernahm. Der Wandel beschränkte sich auf Gesten. Jetzt sollen 52 Häftlinge freikommen.

Von Matthias Rüb

WASHINGTON, 8. Juli. Und wieder keimt Hoffnung auf: Beginnt jetzt, mit fast vierjähriger Verzögerung, das Tauwetter im kubanischen Kommunismus? Als Revolutionsführer Fidel Castro, nach einer Darmoperation dem Tode angeblich näher als dem Leben, am 31. Juli 2006 die Macht an seinen jüngeren Bruder Raúl übergab, knüpften sich an den Stabwechsel in Havanna große Erwartungen. Dem halstarrigen Ideologen Fidel, so sprachen sich die Dissidenten gegenseitig zu, folge jetzt der flexible Pragmatiker Raúl. Im Februar 2008 übernahm Raúl auch offiziell die wichtigsten Ämter von Fidel, der sich aber langsam erholte und von seiner Privatresidenz in Havanna aus in Kommentaren für die Parteizeitung „Granma“ die Entwicklung auf Kuba und das Weltgeschehen einordnete.

Abgesehen von ein paar kosmetischen Änderungen blieb das Gesicht des karibi-

schon Kommunismus grimmig wie eh und je. Der Zugang zu einigen Konsumgütern wie Mobiltelefonen und Computern wurde zwar erleichtert. Brachliegende landwirtschaftliche Nutzflächen, von der ineffizienten Agrarbürokratie der Kooperativen ungenutzt, sollten an Privatbauern verpachtet werden. Mehrmals übte Raúl Castro Kritik an der Ineffizienz der kubanischen Planwirtschaft und beklagte den Umstand, dass die einstige Kornkammer Kuba Jahr für Jahr etwa 70 Prozent des Lebensmittelbedarfs seiner gut elf Millionen Einwohner durch teure Einfuhren decken muss. Das kostet mindestens 2,2 Milliarden Dollar.

Doch zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der Lebensverhältnisse kam es nicht. Und auch die erhoffte Lockerung des eisernen Griffs der Staatspartei und all ihrer allgegenwärtigen Organisationen, vor allem der Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) mit ihren Spitzeln, lässt bis heute auf sich warten. Schließlich schmachteten auch die politischen Gefangenen – offiziell: die verurteilten Söldner des amerikanischen Imperiums – weiter in den über das ganze Land verstreuten Haftanstalten.

Zumindest daran soll sich nun etwas ändern. Die Ankündigung des Regimes in Havanna vom Donnerstag, in den kommenden Wochen 52 politische Häftlinge freizulassen, ist der bedeutendste politische Reformschritt seit der Machtübergabe von Fidel an Raúl Castro. Die ersten fünf Gefangenen sollen sofort freigelassen werden, die übrigen 47 würden innerhalb der kommenden „drei bis vier Monate“ auf freien Fuß gesetzt, hieß es in Havanna. Der spanische Außenminister Mi-

guel Angel Moratinos, dieser Tage wieder einmal in Kuba, hat zugesagt, dass sein Land alle freigelassenen Häftlinge aufnehmen. Weitere sechs Häftlinge sollen immerhin in Gefängnisse in der Nähe der Wohnorte ihrer Familien verlegt werden. Der katholische Erzbischof von Havanna, Kardinal Jaime Ortega, hatte die Freilassungen am Mittwoch bekanntgemacht. Vorausgegangen war ein Gespräch Ortigas mit Präsident Raúl Castro, an dem auch Moratinos und Kubas Außenminis-

ter Bruno Rodríguez teilgenommen hatten.

Zwar wurden bis zum Donnerstag keine Namen bekanntgegeben, weder die Familien noch die Anwälte von Gefangenen erhielten Nachricht über das Schicksal ihrer Angehörigen. Doch gilt als sicher, dass die freikommenden Gefangenen zu jener Gruppe von 75 unabhängigen Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und Dissidenten gehören, die im Rahmen des „Schwarzen Frühlings“ vom März 2003 zu

Haftstrafen von 20 Jahren oder mehr verurteilt worden waren. Der „Schwarze Frühling“ war der letzte Schlag des Regimes unter Fidel Castro gegen jene unabhängigen Bürger, die den Mut hatten, sich der kommunistischen Alleinherrschaft zu widersetzen. Nach Angaben des New Yorker „Komitee zum Schutz von Journalisten“ (CPJ) befinden sich derzeit noch 21 unabhängige Journalisten auf Kuba in Haft – nur in Iran und in China sitzen nach Erkenntnissen des CPJ noch mehr



Das offizielle Bild: Moratinos mit Raúl Castro, Kardinal Ortega und Rodríguez (von links) am Mittwoch in Havanna

Foto AP

Umzug in die Freiheit

Eine Universität in Minsk wurde auf Anweisung des weißrussischen Diktators geschlossen – und wird jetzt in Litauen neu aufgebaut / Von Reinhard Veser

VILNIUS, im Juli. Wie ein Abenteuerer wirkt Anatolij Michajlow nicht. Er ist ein ernster, distinguiert grauhaariger Herr von 71 Jahren mit feinen Gesichtszügen, Brillenträger, korrekt gekleidet mit Anzug und Krawatte. Mit zurückhaltender Leidenschaft, einer gleichsam von innen kommenden Freude, erzählt er, wie er als junger Mensch in der Sowjetunion mit der deutschen Philosophie in Berührung kam, welche damals sonst verschlossenen Welten sie ihm eröffnet habe und welches Glück es für ihn gewesen sei, dass er in den neunziger Jahren in Heidelberg lange Gespräche mit dem greisen, aber geistig hellwachen Denker Hans-Georg Gadamer führen konnte.

Michajlow ist Professor für Philosophie, ein Mann, der einem klassischen Begriff von Bildung huldigt – und genau aus diesem Grund hat er sich auf ein in Europa einzigartiges Abenteuer eingelassen: eine ganze Universität aus der Heimat ins Exil zu versetzen. Er hätte auch allein gehen können, denn als die von ihm gegründete Europäische Humanistische Universität (EHU) in Minsk im August 2004 auf Anweisung des Diktators Aleksandr Lukaschenka geschlossen wurde, war Michajlow nach Morddrohungen schon im Exil. Die EHU ist sein Lebenswerk, und er sah sich in der Verantwortung gegenüber den Studenten und Dozenten, die mit dem Makel von Studium und Arbeit an seiner Hochschule nicht einfach an eine der staatlichen Universitäten in Weißrussland wechseln konnten.

In Weißrussland hatte Michajlow versucht, die EHU aus der Politik herauszuhalten. Er wollte den Studenten nur eine möglichst gute Ausbildung mit vielen Kontakten in das Ausland bieten, um sie zum eigenständigen Denken und Handeln anzuleiten. Das war ein Erfolgsrezept für die Universität, die sich seit ihrer Gründung 1992 den Ruf erarbeitet hatte,

in den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern eine der besten Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu sein, und es war zugleich für Lukaschenka Grund genug, sie zu schließen. Der Anfang vom Ende war eine Rede des weißrussischen Präsidenten, in der er Anfang 2004 sagte, die EHU bilde eine verwestlichte Jugend heran.

Seit fünf Jahren baut Michajlow die EHU nun 200 Kilometer westlich von Minsk in der litauischen Hauptstadt Vilnius von neuem auf. Dieses Unterfangen ist mehr als nur ein Umzug in die nächste größere Stadt. Die Bibliothek ist Minsk geblieben – und seit der Schließung der EHU heimlich und in kleinen Portionen, in Reisetaschen, Rucksäcken und den Kofferferräumen von Privatwagen, wenigstens teilweise nachgekommen. Die Universität brauchte eine neue Lizenz (nun ist sie formal eine litauische Universität), neue Lehrpläne, Dozenten, die das Risiko auf sich nehmen, weiter dort zu unterrichten, Unterrichtsräume, Unterkünfte für die Studenten – und Geld.

Um die prekären Finanzen auf eine feste und gleichmäßige Basis zu stellen, haben die im Nordischen Rat zusammengeschlossenen skandinavischen Staaten 2008 einen „EHU Trust Fund“ ins Leben gerufen, der das Ziel hat, die von verschiedenen EU-Staaten, der Europäischen Kommission und privaten Stiftungen eingehenden Mittel möglichst transparent zu verwalten. Die an den Fonds gehenden Mittel dürfen dabei nicht zweckgebunden sein, um zu verhindern, dass in der Finanzierung Ungleichgewichte entstehen – denn die Bereitschaft, für einzelne Lehrstühle oder Forschungsprojekte zu spenden, ist größer als die, Geld für die Verwaltung und Einführungsveranstaltung von Erstsemestern zu geben. Die skandinavischen Länder sind neben Litauen, das die Gebäude zur Verfügung stellt,

auch die größten Geber. Deutschland dagegen steht auf der Rangliste der Geber weit unten – was Anatolij Michajlow, den Fachmann für deutsche Philosophie, besonders schmerzt. Als die EHU noch in Minsk war, hatte sie ein „Deutsches Institut“, doch dessen Finanzierung wurde eingestellt, als Lukaschenka die Universität geschlossen hatte. „60 Prozent unserer Studenten sprachen fließend Deutsch“, sagt Michajlow, der immer noch hofft, dass es das „Deutsche Institut“ eines Tages wieder geben wird.

Dass die EHU ihre neue Heimat in Vilnius gefunden hat, liegt vor allem daran, dass von der litauischen Hauptstadt keine 50 Kilometer bis zur weißrussischen Grenze sind. Aber es passt gut, denn die

Stadt spielt in der weißrussischen Kultur eine zentrale Rolle: Dort wurde im 16. Jahrhundert das erste Buch in weißrussischer Sprache gedruckt, dort erschien Anfang des 20. Jahrhunderts die erste Zeitschrift in weißrussischer Sprache – und in den neunziger Jahren, als das Preisgefälle zwischen Litauen und Weißrussland noch nicht so groß war, wurden dort auch weißrussische Oppositionszeitungen gedruckt, deren Aufträge in Minsk wegen politischer Pressionen keine Druckerei mehr annehmen wollte.

Mehr als 2000 Studenten studieren inzwischen an der EHU in Vilnius. Längst nicht alle, die wollen, können aufgenommen werden – und das, obwohl ihre Diplome in Weißrussland nicht anerkannt wer-

den und die Studenten und ihre Eltern in Weißrussland mit Schikanen rechnen müssen. Die Züge, mit denen die EHU-Studenten an den Wochenenden aus Vilnius nach Minsk fahren, werden besonders streng kontrolliert. „Vor allem, wenn die Opposition eine Demonstration angekündigt hat, ist der Zug voller Miliz“, sagt ein Student. Viele Studierende berichten auch von Vorladungen zum Geheimdienst KGB (der in Weißrussland noch immer so heißt), von Verhören und nächtlichen Anrufen bei den Eltern.

Auch die Zukunftsperspektiven der EHU-Studenten sind unklar: In staatlichen Institutionen können sie ebenso wenig auf Arbeit rechnen wie in den vielen vom Staat kontrollierten Unternehmen,

Journalisten im Gefängnis. Zwar gab es unter Raúl Castro noch keine neue Verhaftungswelle gegen unabhängige Journalisten oder gegen die regimiekritischen Blogger, von denen es immer mehr zu geben scheint. Aber das Regime schikanierete die Dissidenten nach Kräften.

Der frühere politische Häftling Oscar Espinosa sagte nun in Havanna, die Freilassung der Häftlinge könne der „Anfang des Wandels auf Kuba sein“. Der Ökonom hob die erfolgreiche Vermittlung der katholischen Kirche hervor, die das kommunistische Regime in Havanna seit Jahren hartnäckig zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert habe. Auch Espinosa gehört zur Gruppe jener 75 Oppositionellen, die im März 2003 zu drakonischen Haftstrafen verurteilt worden waren. Er wurde später aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig freigelassen, ebenso wie etwa zwei Dutzend weitere politische Häftlinge. Als mögliche Gründe für das Einlenken der kubanischen Regierung sieht Espinosa die verzweifelte wirtschaftliche Lage des Landes, den internationalen Druck, die wachsende innere Opposition sowie den tödlich verlaufenen Hungerstreik von Orlando Zapata, der im Februar gestorben war. Auch der lebensbedrohliche Zustand des Dissidenten Guillermo Fariñas, der seit vier Monaten die Nahrungsaufnahme verweigert und damit die Freilassung der politischen Gefangenen zu erreichen versucht, dürfte die Entscheidung des Regimes beeinflusst haben.

„Ich bin sehr bewegt und auch überrascht. Trotzdem bleibe ich skeptisch“, sagte Laura Pollan, Sprecherin der Organisation „Frauen in Weiß“, die seit Jahren für eine Freilassung ihrer inhaftierten Männer oder Söhne demonstriert. Die EU dagegen zeigte sich erfreut über die Ankündigung. Ein Sprecher der Außenbeauftragten Catherine Ashton sagte in Brüssel, man begrüße die Bemühungen der katholischen Kirche um einen Dialog mit der Führung in Havanna und hoffe auf eine dauerhafte Lösung sowie auf die Freilassung al-

Die Samstagsreportage

Der letzte Kaffeehauserzähler von Damaskus fürchtet eine unsichtbare Macht. Sie ergreift Besitz von der Altstadt. **Morgen auf Seite 3**

ler politischen Gefangenen. Frau Ashton würdigte auch den Einsatz des spanischen Außenministers Moratinos.

Dass das Regime in Havanna überhaupt auf die Vermittlungsbemühungen der katholischen Kirche eingeht, liegt wohl daran, dass der Vatikan die Legitimität der kommunistischen Regierung nicht grundsätzlich in Frage stellt – jedenfalls nicht öffentlich. Dass die Freilassung wiederum während des Besuchs von Moratinos verkündet wurde, dürfte eine Dankesgeste an Madrid sein, das sich in der EU stärker als alle anderen Staaten für einen Dialog mit Kuba ohne weitreichende politische Vorbedingungen und überdies für ein Ende der amerikanischen Sanktionen eingesetzt hat. Überhaupt haben sich die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Havanna und Washington bisher trotz mancher Gesten des guten Willens der Regierung unter Präsident Barack Obama nicht erfüllt. Und da auch der beste Freund des Regimes, Fidel Castros politischer Ziehsohn Hugo Chávez in Venezuela, mit eigenen Problemen beschäftigt ist, scheint sich Havanna vom „Export“ politischer Gefangener nach Spanien derzeit am meisten zu versprechen. (Siehe Kommentar, Seite 8.)

Wenn Umfrageergebnisse stören: Der Fall des Soziologen Oleg Manajew

Wie es um die akademische Freiheit in Weißrussland bestellt ist, zeigt der Fall des Soziologen Oleg Manajew. Er wurde Anfang Juni vom Dekan des Instituts für Philosophie und Sozialwissenschaften an der Weißrussischen Staatsuniversität in Minsk aufgefordert, eine Kündigung „im gegenseitigen Einverständnis“ zu verfassten. Mitte Juni wurde diese Aufforderung, um ein Ultimatum ergänzt, auch vom Rektor der Universität vorgetragen. Der Grund sei, dass manche Handlungen Manajews „außerhalb des Rahmens der staatlichen Politik“ seien – gemeint waren seine Kontakte zu oppositionellen Kräften.

Manajew ist in Weißrussland eine Ausnahmeerscheinung. Dass er überhaupt bis jetzt an der Universität lehren durfte, liegt vermutlich daran, dass er ein international sehr angesehener Wissenschaftler ist und Repressionen gegen ihn nicht ohne Wider-

hall bleiben. Das hat sich auch jetzt gezeigt, als eine Solidaritätserklärung für ihn im Juni innerhalb weniger Tage von 120 Wissenschaftlern in aller Welt unterzeichnet worden ist. Manajew steht der Opposition gegen Präsident Lukaschenka zwar nahe, doch in seiner wissenschaftlichen Arbeit lässt er sich nicht von politischen Sympathien leiten. Ein Ergebnis seiner Umfragen ist seit Jahren, dass sich Lukaschenka tatsächlich noch auf die Sympathie großer Teile der Bevölkerung stützen kann, während die demokratische Opposition in der Bevölkerung kaum Vertrauen genießt. Allerdings zeigen seine Umfragen auch, dass die Unterstützung für den Präsidenten in Wirklichkeit nicht so groß ist, wie dieser behauptet.

Das von Manajew geleitete „Unabhängige Institut für Sozioökonomische und politische Studien“ (IIEPS) wurde Anfang 2005 geschlossen, nachdem eine seiner

Umfragen ergeben hatte, dass in einem Verfassungsreferendum im November 2004 wohl eine Mehrheit für eine dritte Amtszeit Lukaschenkas knapp verfehlt worden war. Das IIEPS ist seither formal in Litauen beheimatet und nahm – mehr oder weniger geduldet – weiter Umfragen in Weißrussland vor. Möglicherweise wollte das weißrussische Regime Manajew nun angesichts der Präsidentenwahl, die Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres stattfinden wird, deutlich machen, dass er nicht unantastbar ist. Derartige Drohungen sind in Weißrussland sehr ernst zu nehmen. So wurden kurz vor der Präsidentenwahl im Frühjahr 2006 die vier Führer der Organisation „Partnerstwa“ festgenommen und anschließend zu Haftstrafen zwischen einem halben Jahr und zwei Jahren verurteilt, weil sie landesweite Exit Polls organisiert hatten. (rve.)